

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Jutta Krellmann, Klaus Ernst, Sabine Zimmermann (Zwickau), Matthias W. Birkwald, Susanna Karawanskij, Katja Kipping, Kathrin Vogler, Harald Weinberg, Birgit Wöllert, Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Gesundheitliche Risiken durch Leiharbeit

Der DGB betont in „arbeitsmarkt aktuell“ vom Oktober 2015 die Risiken der Leiharbeit. Dabei hebt er auch die besonderen gesundheitlichen Risiken hervor, die sich vor allem aus häufig wechselnden Arbeitseinsätzen sowie dem generellen Status von Leiharbeit ergeben: „Die Tätigkeit im gewerblichen Bereich ist oftmals besonders gefahrenanfällig; Routine in der Arbeit ist kaum möglich. Fehlende Entwicklungsmöglichkeiten, ungünstige Einkommenssituation und hohe Arbeitsplatzunsicherheit tragen gleichfalls zur Belastung bei. Die relativ kurzen Einsatzzeiten erschweren es beispielsweise, die spezifischen Belastungen und Unfallgefahren eines Betriebes bzw. die Kniffs und Tricks für fehlerfreies Handeln im Betrieb rechtzeitig zu erkennen“ (Seite 8 f.).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Anzahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle und -tage pro Jahr aufgrund von Erkrankungen für Leiharbeitsbeschäftigte vor, und wie hoch ist diese Zahl im Vergleich zur Gesamtwirtschaft (bitte die jüngst verfügbaren Daten angeben sowie die vergangenen zehn Jahre darstellen; bitte nach Berufsgruppe, Alter und Geschlecht differenzieren)?
2. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Diagnosegruppen bzw. spezifischen Krankheitsarten, die den Arbeitsunfähigkeitsfällen zugrunde liegen, sowohl bezogen auf Leiharbeitsbeschäftigte als auch die Gesamtwirtschaft (bitte Arbeitsunfähigkeitsfälle je 100 GKV-Mitglieder und Tage je Fall darstellen; bitte die jüngst verfügbaren Daten angeben sowie die vergangenen zehn Jahre)?
3. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Ursachen des erhöhten Arbeitsunfallrisikos und über die Ursachen für die erhöhten gesundheitlichen Risiken von Leiharbeitsbeschäftigten, welche z. B. in der Vorbemerkung der Fragesteller erwähnten DGB-Report benannt werden?
4. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Anzahl meldepflichtiger Arbeitsunfälle von Leiharbeitsbeschäftigten, auch unter Beachtung von Unfällen mit Todesfolge, und wie stehen diese Zahlen im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft (bitte die jüngst verfügbaren Daten angeben sowie die vergangenen zehn Jahre darstellen; bitte nach Alter und Geschlecht differenzieren, sowie nach beruflicher Tätigkeit, verletzten Körperteilen, Art der Verletzung, Arbeitsumgebung, spezifischer Tätigkeit)?

Inwiefern lässt sich dabei auf Erkenntnisse der Verwaltungsberufsgenossenschaft (VBG) zurückgreifen, und welche Daten liegen dort zu dieser Frage vor?

5. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Zusammenhang von Einsatzdauer und Arbeitsunfähigkeitsfällen bzw. Anzahl der Arbeitsunfähigkeitstage von Leiharbeitsbeschäftigten?
 - a) Welche Daten liegen der Bundesregierung vor über die durchschnittliche Einsatzdauer von Leiharbeitsbeschäftigten bis zum Eintritt eines Arbeitsunfähigkeitsfalls?
 - b) Inwiefern lässt sich dabei auf Erkenntnisse der Verwaltungsberufsgenossenschaft (VBG) zurückgreifen, und welche Daten liegen dort zu dieser Frage vor?
6. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor über die durchschnittlichen Verordnungsmengen je Versicherungsjahr in definierten Tagesdosen (DDD) in ausgewählten Arzneimittelgruppen bezogen auf Leiharbeitsbeschäftigte, und wie hoch sind diese Zahlen im Vergleich dazu in der Gesamtwirtschaft (bitte die jüngst verfügbaren Daten angeben sowie die vergangenen zehn Jahre darstellen; bitte nach Alter und Geschlecht differenzieren)?
7. Wie viele durchschnittliche Arbeitsunfähigkeitsfälle- und tage je 100 Versicherte in der Diagnosegruppe psychische und Verhaltensstörungen gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2012, 2013 und 2014 bei Leiharbeitsbeschäftigte, und wie stellen sich diese Werte im Vergleich zur Gesamtwirtschaft und zu den Jahren 2004 bis 2011 dar (bitte für die einzelnen Jahre sowohl in absoluten Zahlen als auch als Anteil an allen Diagnosegruppen darstellen; bitte nach Geschlecht und Alter differenzieren)?
8. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Zusammenhang von Ausfalltagen, die durch Anpassungsstörungen verursacht wurden, und einer Beschäftigung als Leiharbeitsbeschäftigter, und wie stellt sich dies im Vergleich zur Gesamtwirtschaft dar (Der Psychoreport 2015 der DAK-Gesundheit definiert Anpassungsstörungen als eine krankhafte Reaktion auf ein belastendes Ereignis, siehe S. 12)?
9. Wie viele durchschnittliche Arbeitsunfähigkeitstage je 100 Versicherte aufgrund von Anpassungsstörungen gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2012, 2013 und 2014 bei Leiharbeitsbeschäftigten?

Wie stellen sich diese Werte im Vergleich zur Gesamtwirtschaft dar, und wie stellt sich der Vergleich zu den Jahren 2004 bis 2011 dar (bitte für die einzelnen Jahre sowohl in absoluten Zahlen als auch als Anteil an allen Diagnosegruppen darstellen; bitte nach Geschlecht und Alter differenzieren)?
10. Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2012, 2013 und 2014 die gesamtgesellschaftlichen Kosten, die durch Arbeitsunfähigkeitstage von Leiharbeitsbeschäftigten verursacht wurden (bitte für die einzelnen Jahre nach direkten und indirekten Kosten differenzieren)?

11. Wie viele Leiharbeitsbeschäftigte sind in den Jahren seit 2012, 2013 und 2014 wegen verminderter Erwerbsfähigkeit vorzeitig in die Rente eingetreten, und wie stellen sich diese Werte im Vergleich zu den Jahren 2004 bis 2011 dar (bitte für die einzelnen Jahre sowohl in absoluten Zahlen als auch als Anteil an allen Renteneintritten von Leiharbeitsbeschäftigten darstellen und entsprechende Zahlen für die Gesamtwirtschaft zum Vergleich darstellen; bitte die Eintritte in Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit in Relation zur Zahl der Leiharbeitskräfte setzen und entsprechende Vergleichswerte für die Gesamtwirtschaft angeben; bitte nach Geschlecht und Alter differenzieren; bitte nach Diagnosegruppen differenzieren)?

Berlin, den 12. November 2015

Dr. Sahra Wagenknecht, Dietmar Bartsch und Fraktion

